

Medien-Information

23. Januar 2018

Landesregierung verabschiedet erstmalig Finanzplanung ohne Neuverschuldung

Finanzministerin Monika Heinold: „Ein wichtiger Schritt auf dem Weg aus der Schuldenfalle“

KIEL. Auf Vorschlag von Finanzministerin Monika Heinold hat die Landesregierung heute zum ersten Mal in der Geschichte des Landes die Finanzplanung für die kommenden zehn Jahre ohne Neuverschuldung beschlossen. „Das ist ein wichtiger Schritt auf dem Weg aus der Schuldenfalle. Zukünftig werden Schulden abgebaut, nicht aufgebaut. Diese Finanzplanung steht ganz im Zeichen der Generationengerechtigkeit“, so Heinold.

Statt neue Schulden zu machen, plant die Landesregierung in den Jahren 2019 bis 2027 eine Tilgung von Altschulden in Höhe von insgesamt rund 1,1 Mrd. Euro. „Mit jedem neuen Haushalt wird sich diese Zahl noch verändern, aber die Tendenz ist klar: Wir wollen das Land schrittweise von der Schuldenlast befreien“, sagte Heinold. Die reale Tilgung sei am Ende abhängig von der Höhe der tatsächlichen Steuereinnahmen, der Zinsentwicklung und insbesondere von der Entscheidung, inwiefern mögliche Haushaltsüberschüsse für Infrastruktur und Beamtenversorgung verwendet werden sollen.

Schleswig-Holstein hat derzeit sowohl rd. 26,4 Mrd. Euro Schulden als auch Pensionsverpflichtungen in Höhe von rund 34 Mrd. Euro (Barwert der bisher eingegangenen Pensionszusagen) und einen Investitionsstau von rd. 5 Mrd. Euro allein bei der Landesinfrastruktur. Zudem haftet das Land für Altlasten der HSH Nordbank.

Mit der Finanzplanung erfüllt Schleswig-Holstein die Vorgaben der Schuldenbremse und die Verwaltungsvereinbarung mit dem Bund zum Gesetz zur Gewährung von Konsolidierungshilfen seit 2011 zuverlässig. Bereits für 2017 wurde zum ersten Mal ein Haushalt ohne Neuverschuldung verabschiedet, 2018 soll der zweite schuldenfreie Haushalt folgen. Im Jahresergebnis hat das Land seit 2013, mit Ausnahme des Jahres 2014, Haushaltsüberschüsse erwirtschaftet.

„Dass wir die Vorgaben der Schuldenbremse deutlich früher als geplant erreicht haben, gibt uns nun die Möglichkeit, Stück für Stück insbesondere Bildung und Infrastruktur zu stärken. Die konsequente Haushaltsdisziplin zahlt sich positiv aus, das Land hat sich finanzielle Freiräume erarbeitet“, sagte Heinold.

In der Finanzplanung sind dauerhaft über 1 Mrd. Euro jährlich für Investitionen in Infrastruktur eingeplant. Auch für die Bildung wird das Land deutlich mehr als bislang ausgeben. „Kommunen, Land und Bund stehen in der Verantwortung, Bildung und Betreuung angemessen zu finanzieren und die Belastung der Eltern insbesondere im Kita-Bereich zu reduzieren“, sagte Heinold.

Für die Versorgung, Betreuung und Integration von Flüchtlingen sind dauerhaft rd. 450 Mio. Euro eingeplant. „Diese Ausgabe ist am schwierigsten zu kalkulieren, da niemand vorhersagen kann, wie sich die internationale Situation weiter entwickelt. Aber mit den eingeplanten Mitteln sind wir gut vorbereitet“, so die Ministerin.

Grundlage der Finanzplanung ist der Haushaltsentwurf 2018. Die nächste Finanzplanung, die bis zum Jahr 2028 reicht, wird den aktuell noch ausstehenden Beschluss der Nachschiebeliste für den Haushaltsentwurf 2018 berücksichtigen. Sie wird außerdem die Ergebnisse der Verhandlungen mit den kommunalen Landesverbänden vom 11. Januar 2018 sowie die Entlastung des UKSH durch die Gewährung zinsloser Darlehen enthalten.

Haushaltsdaten

Mittlere Finanzplanung 2017-2027

	Soll 2017	Entwurf 2018	MFP 2019	MFP 2020	MFP 2021	FP 2022	FP 2023	FP 2024	FP 2025	FP 2026	FP 2027
	in Mio. Euro										
bereinigte Einnahmen	11.416	12.041	12.360	12.785	13.217	13.678	14.078	14.492	14.929	15.368	15.821
Anstieg bereinigte Einnahmen ggü. Vorjahr		625	319	425	432	461	400	414	437	439	453
Anstieg bereinigte Einnahmen ggü. Vorjahr in %		5,5%	2,7%	3,4%	3,4%	3,5%	2,9%	2,9%	3,0%	2,9%	2,9%
bereinigte Ausgaben	11.379	11.857	12.217	12.735	13.216	13.676	14.005	14.364	14.734	15.116	15.524
Anstieg bereinigte Ausgaben ggü. Vorjahr		478	359	518	481	460	329	359	370	382	408
Anstieg bereinigte Ausgaben ggü. Vorjahr in %		4,2%	3,0%	4,2%	3,8%	3,5%	2,4%	2,6%	2,6%	2,6%	2,7%
bereinigte Ausgaben ohne KfA	9.681	10.096	10.409	10.790	11.192	11.574	11.838	12.129	12.429	12.739	13.073
Anstieg bereinigte Ausgaben ohne KfA ggü. Vorjahr		415	314	381	402	382	264	291	300	310	334
Anstieg bereinigte Ausgaben ohne KfA ggü. Vorjahr in %		4,3%	3,1%	3,7%	3,7%	3,41%	2,28%	2,46%	2,48%	2,49%	2,62%
Finanzierungssaldo	37	184	144	51	1	2	73	128	195	252	297
Nettokreditaufnahme	-37	-185	-145	-52	-2	-3	-74	-129	-196	-253	-298
struktureller Finanzierungssaldo	69	1	0	0	13	42	113	168	235	292	342
Obergrenze	-395	-263	-132	0	0	0	0	0	0	0	0
Abstand zur Verf.Grenze: Unter (-)/Überschreitung (+)	-464	-264	-132	0	-13	-42	-113	-168	-235	-292	-342
Steuereinnahmen (inkl. LFA/ BEZ)	9.360	10.090	10.433	10.963	11.412	11.855	12.226	12.608	13.003	13.411	13.833
Personalausgaben	4.134	4.231	4.397	4.526	4.676	4.867	5.051	5.178	5.304	5.427	5.551
Personalausgabenquote	36,3%	35,7%	36,0%	35,5%	35,4%	35,6%	36,1%	36,0%	36,0%	35,9%	35,8%
Zinsausgaben	526	531	524	565	611	629	632	708	785	837	904
Kommunaler Finanzausgleich	1.698	1.762	1.807	1.944	2.024	2.102	2.168	2.235	2.305	2.377	2.452
Budget 1	4.818	4.905	5.052	5.185	5.343	5.539	5.720	5.848	5.975	6.100	6.225
Budget 2	4.368	4.692	4.866	5.073	5.271	5.440	5.520	5.607	5.703	5.836	5.977
Investitionsausgaben	894	1.069	1.079	1.131	1.125	1.164	1.166	1.191	1.197	1.235	1.278
davon IMPULS 2030	146	211	204	191	197	219	235	255	275	275	275
Investitionsquote	7,9%	9,0%	8,8%	8,9%	8,5%	8,5%	8,3%	8,3%	8,1%	8,2%	8,2%

